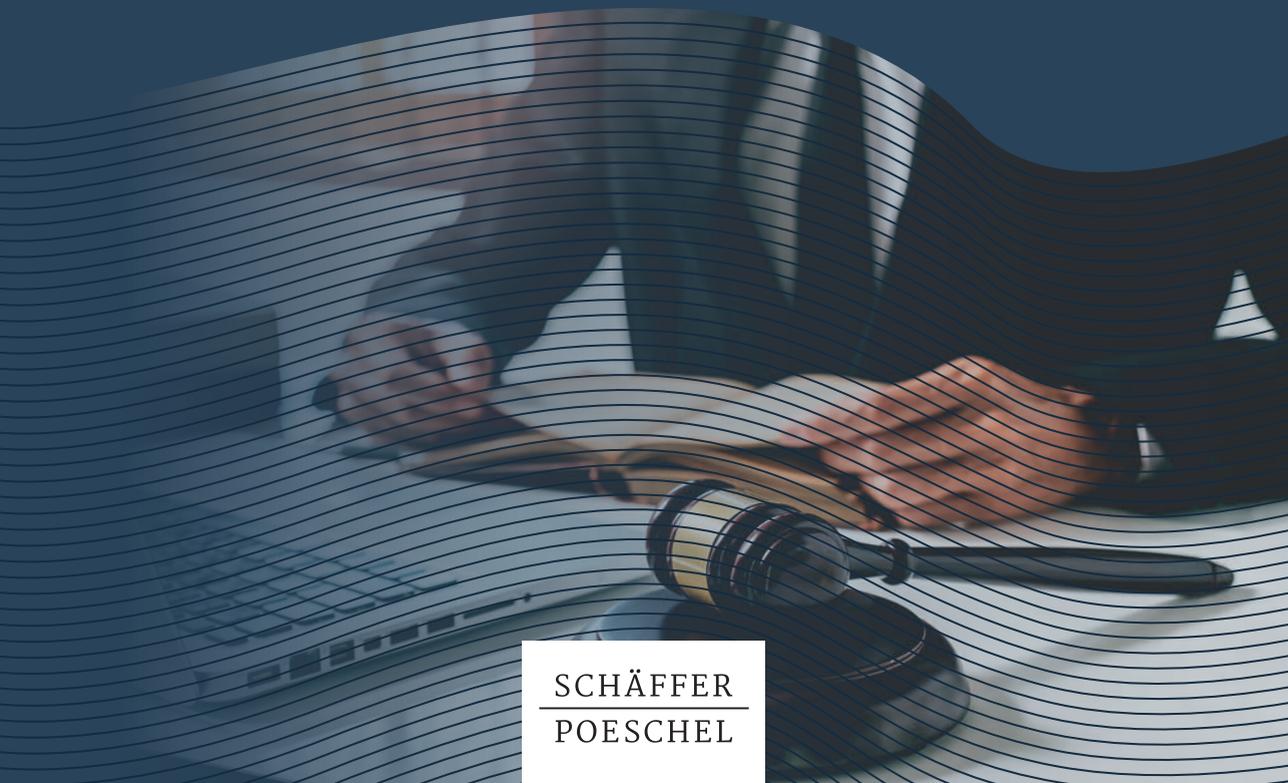


Holger Busch | Herbert Winkens | Melanie Büker

Insolvenzrecht und Steuern visuell

3. Auflage



SCHÄFFER
POESCHEL

Urheberrechtsinfo

Alle Inhalte dieses eBooks sind urheberrechtlich geschützt.

Die Herstellung und Verbreitung von Kopien ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Insolvenzrecht und Steuern visuell

Holger Busch
Herbert Winkens
Melanie Büker

Insolvenzrecht und Steuern visuell

3., grundlegend überarbeitete Auflage

2020
Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Print:	ISBN 978-3-7910-5027-0	Bestell-Nr. 20063-0002
ePub:	ISBN 978-3-7910-5028-7	Bestell-Nr. 20063-0100
ePDF:	ISBN 978-3-7910-5029-4	Bestell-Nr. 20063-0151

Busch/Winkens/Büker

Insolvenzrecht und Steuern visuell

3. Auflage, Dezember 2020

© 2020 Schäffer-Poeschel Verlag für Wirtschaft · Steuern · Recht GmbH

www.schaeffer-poeschel.de

service@schaeffer-poeschel.de

Bildnachweis (Cover): © Satori Studio, Adobe Stock

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Vervielfältigung, des auszugsweisen Nachdrucks, der Übersetzung und der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen, vorbehalten. Alle Angaben/Daten nach bestem Wissen, jedoch ohne Gewähr für Vollständigkeit und Richtigkeit.

Schäffer-Poeschel Verlag Stuttgart
Ein Unternehmen der Haufe Group

Vorwort

Wenn das Insolvenzrecht auf das Steuerrecht trifft, sind Verständnis- und Bearbeitungsprobleme vorprogrammiert. Beide Rechtsgebiete sind bereits für sich betrachtet außerordentlich schwierig, zusammen aber fast unlösbar. Dazu kommen die häufigen neuen Entscheidungen der Zivilgerichte und der Finanzgerichtsbarkeit. Aber auch Verwaltungsvorschriften, wie die Einführung des AEAO zu § 251 und das BMF-Schreiben zu § 55 Abs. 4 InsO, bringen neue Anforderungen mit sich.

„Insolvenzrecht und Steuern visuell“ bietet einen schnellen und sehr vertiefenden Einblick. Alle wichtigen Themen werden aufgearbeitet, intensiv erklärt und zusätzlich in Schaubildern übersichtlich dargestellt. Die Bandbreite der Themen reicht dabei von den Aufrechnungsmöglichkeiten über die Behandlung der einzelnen Steuerarten bis hin zur Zulässigkeit von Vollstreckungsmaßnahmen in den verschiedenen Verfahren nach der Insolvenzordnung.

Die Autoren, Dipl.-Finanzwirte (FH) Holger Busch, Herbert Winkens und Melanie Büker, sind in den Steuerfachgruppen im Landesamt für Steuern in Koblenz bzw. im Finanzministerium Düsseldorf tätig und setzen sich hier nahezu täglich mit den Problemen des Insolvenzsteuerrechts auseinander. Die in ihrer Verwaltungspraxis gewonnenen Erfahrungen finden sich anschaulich und verständlich im vorliegenden Werk wieder. Das Aufeinandertreffen von Insolvenz- und Steuerrecht fordert in der Theorie und Praxis bei der Finanzverwaltung und gerade auch bei den Insolvenzverwaltern und Steuerberatern ständig adäquate Lösungsansätze. Hierzu bietet „Insolvenzrecht und Steuern visuell“ brauchbare und nachvollziehbare Hilfestellungen.

In der vorliegenden dritten Auflage wurde das erfolgreiche Werk grundlegend überarbeitet. Die Autoren haben alle wichtigen Neuerungen aufgenommen, u.a. die Sanierungsregelung im § 3a EStG, die Rechtsprechung des V. Senats des BFH zu Umsatzsteuer und Organschaft und des VII. Senats des BFH zur Aufrechnung. Aber auch alle aktuellen Verwaltungsanweisungen zum Insolvenzrecht wurden – genauso wie das Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie – berücksichtigt.

Brey, Rheinbrohl und Steinheim, im Oktober 2020

Dipl.-Finanzwirt (FH) Holger Busch

Dipl.-Finanzwirt (FH) Herbert Winkens

Dipl.-Finanzwirtin (FH) Melanie Büker

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	21
A. Allgemeiner Teil	25
Einführung	27
A.I Überblick über die einzelnen Verfahren nach der Insolvenzordnung	29
1 Allgemeines	29
2 Regelinsolvenzverfahren	29
2.1 Eröffnungsantrag	29
2.2 Eröffnungsgründe	30
2.3 Insolvenzeröffnungsverfahren	30
2.4 Abweisung mangels Masse	31
2.5 Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	31
2.5.1 Anmeldung von Insolvenzforderungen	31
2.5.2 Terminbestimmungen	31
2.6 Insolvenzmasse	31
2.7 Insolvenzgläubiger (Insolvenzforderungen)	32
2.8 Aussonderungsberechtigte	32
2.9 Absonderungsberechtigte	32
2.10 Masseverbindlichkeiten	32
2.11 Vollstreckungsverbot	32
2.12 Befriedigung der Insolvenzgläubiger	32
2.13 Aufhebung des Insolvenzverfahrens	33
2.14 Insolvenzplanverfahren	33
2.15 Eigenverwaltung	33
2.16 Aufhebung der Eigenverwaltung	34
2.17 Restschuldbefreiungsverfahren	34
3 Verbraucherinsolvenzverfahren	36
3.1 Außergerichtliches Einigungsverfahren	36
3.2 Eröffnungsantrag	36
3.3 Gerichtliches Einigungsverfahren	38
3.4 Insolvenzverfahren	38
A.II Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	41
1 Allgemeines	41
2 Eröffnungsgründe	41
2.1 Zahlungsunfähigkeit	41
2.2 Drohende Zahlungsunfähigkeit	43
2.3 Überschuldung	43
3 Antragstellung durch das Finanzamt	44
3.1 Rechtliches Interesse	44
3.2 Glaubhaftmachung der Forderungen	44
3.3 Glaubhaftmachung des Eröffnungsgrundes	45
3.4 Zulässigkeit des Insolvenzantrages	45
3.4.1 Zulässiger Insolvenzantrag	45
3.4.2 Unzulässiger Insolvenzantrag	46

4	Antrags erledigung	47
4.1	Allgemeines	47
4.2	Zahlung der dem Antrag zugrundeliegenden Forderungen	47
4.3	Rücknahme, Erledigung und Kostentragung	48
5	Antrag auf Eigenverwaltung	48
A.III	Insolvenzeröffnungsverfahren	49
1	Allgemeines	49
2	Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	49
2.1	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	49
2.2	Allgemeines Verfügungsverbot (Veräußerungsverbot)	49
2.3	Zustimmungsvorbehalt	49
2.4	Untersagung und Einstellung von Vollstreckungsmaßnahmen mit Ausnahme von unbeweglichen Gegenständen	50
2.5	Verbot an die Drittschuldner, an den Schuldner zu zahlen	50
3	Vorläufige Insolvenzverwaltung	50
3.1	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Anordnung der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	50
3.1.1	Allgemeines	50
3.1.2	Keine Verbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis oder Insolvenzantrag vor dem 01.01.2011	51
3.1.3	Verbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis und Insolvenzantrag nach dem 31.12.2010	51
3.2	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters ohne Anordnung der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis, jedoch mit der Befugnis, im Einzelfall Masseverbindlichkeiten zu begründen	53
3.3	Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters mit Anordnung der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	53
4	Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten	53
5	Erstattungsberechtigung von Steuerforderungen	56
6	Steuergeheimnis	56
7	Anwendungsfragen zu § 55 Abs. 4 InsO	56
7.1	Personenkreis	56
7.2	Rechtliche Stellung des schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters	56
7.3	Betroffene Steuerarten und steuerliche Nebenleistungen	57
7.3.1	Umsatzsteuer	58
7.3.1.1	Allgemeines	58
7.3.1.2	Einzelne Anspruchsgrundlagen	58
7.3.2	Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer	60
7.3.3	Lohnsteuer	60
7.3.4	Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt)	60
7.4	Festsetzung, Bekanntgabe und Erhebung von Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 4 InsO	63
7.4.1	Umsatzsteuer	63
7.4.2	Ertrag- und Kraftfahrzeugsteuern	63
7.5	Ermittlung der Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 4 InsO	63
7.5.1	Umsatzsteuer	63
7.5.2	Einkommensteuer	64
7.6	Umsatzsteuerliche Organschaft	65
7.6.1	Organträger insolvent und Organgesellschaft nicht insolvent	65
7.6.1.1	Keine Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts	65

7.6.1.2	Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts.65
7.6.2	Organträger nicht insolvent und Organgesellschaft insolvent.65
7.6.2.1	Keine Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts.65
7.6.2.2	Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts.65
7.6.3	Organträger insolvent und Organgesellschaft insolvent.66
7.6.3.1	Keine Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts.66
7.6.3.2	Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts.67
A.IV	Übersicht über die Wirkung des eröffneten Insolvenzverfahrens.69
1	Allgemeines.69
2	Steuerliches Festsetzungs-, Rechtsbehelfs- und Klageverfahren.69
3	Steuerliches Erhebungsverfahren.69
3.1	Insolvenzforderungen.69
3.2	Masseverbindlichkeiten.69
3.3	Forderungen gegen das insolvenzfreie Vermögen.70
4	Persönliche Haftung der Gesellschafter.70
5	Aufrechnung.70
6	Anfechtung.70
7	Arbeitsabläufe im Finanzamt.72
7.1	Ordnungsnummer (Steuernummer).72
7.2	Berücksichtigung Vollstreckungsverbot.72
7.3	Änderung der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis.72
7.4	Behandlung von Insolvenzforderungen.72
A.V	Insolvenzforderungen.75
1	Allgemeines.75
2	Steuerforderungen als Insolvenzforderungen.77
2.1	Einkommensteuer und Körperschaftsteuer.77
2.2	Lohnsteuer.77
2.3	Umsatzsteuer.78
2.3.1	Vereinnahmung vor der Anordnung einer vorläufigen Insolvenzverwaltung.78
2.3.2	Vereinnahmung nach der Anordnung der schwachen vorläufigen Insolvenzverwaltung.78
2.3.3	Vereinnahmung nach der Anordnung der vorläufigen starken Insolvenzverwaltung.79
2.3.4	Vereinnahmung nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.79
2.4	Verspätungszuschläge.81
2.5	Vollstreckungskosten.81
2.6	Zwangsgelder.81
2.7	Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt).81
2.8	Säumniszuschläge.83
2.9	Zinsen nach §§ 233a ff. AO.85
A.VI	Massegläubiger.87
1	Allgemeines.87
2	Begründung von sonstigen Masseverbindlichkeiten.87
3	Steuerforderungen als sonstige Masseverbindlichkeiten.88
4	Nichterfüllung von sonstigen Masseverbindlichkeiten.91
4.1	Haftung des Insolvenzverwalters.91
4.1.1	Haftung nach insolvenzrechtlichen Vorschriften.91
4.1.2	Haftung nach abgabenrechtlichen Vorschriften.91

4.2	Einstellung des Verfahrens.93
4.2.1	Einstellung mangels Masse (§ 207 InsO).93
4.2.2	Anzeige der Masseunzulänglichkeit (§ 208 InsO).93
A.VII	Insolvenzfrees Vermögen.97
1	Grundsatz.97
2	Rechtsfolgen der Freigabe.97
3	Freigabe von Gegenständen aus der Insolvenzmasse.97
4	Erwerbstätigkeit des Schuldners.98
4.1	Freigabe der selbständigen Tätigkeit (§§ 13, 15, 18 EStG) des Schuldners.98
4.2	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG) und Renteneinkünfte (§ 22 EStG).99
A.VIII	Zulässigkeit von Vollstreckungsmaßnahmen in den Verfahren nach der Insolvenzordnung.101
1	Allgemeines.101
2	Vollstreckungsmaßnahmen vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.101
2.1	Antragstellung.101
2.2	Sicherungsmaßnahmen.102
2.2.1	Anordnung der schwachen vorläufigen Verwaltung ohne die Anordnung einer Vollstreckungseinstellung.102
2.2.2	Anordnung der schwachen vorläufigen Verwaltung mit der Anordnung einer Vollstreckungseinstellung.102
2.2.3	Anordnung der starken vorläufigen Verwaltung ohne die Anordnung einer Vollstreckungseinstellung.102
2.2.4	Anordnung der starken vorläufigen Verwaltung mit der Anordnung einer Vollstreckungseinstellung.103
3	Vollstreckungsmaßnahmen nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.105
3.1	Insolvenzforderungen (§ 38 InsO).105
3.2	Sonstige Masseverbindlichkeiten (§ 55 InsO).105
3.3	Forderungen aus freigegebenen Vermögen bzw. insolvenzfrier Tätigkeit.105
4	Vollstreckungsmaßnahmen nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens.107
4.1	Einstellung des Insolvenzverfahrens.108
4.1.1	Einstellung mangels Masse (§ 207 InsO).108
4.1.2	Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit (§ 211 InsO).108
4.1.3	Zustimmung der Insolvenzgläubiger (§ 213 InsO).108
4.2	Aufhebung des Insolvenzverfahrens.109
4.2.1	Vollzug der Schlussverteilung (§ 200 InsO).109
4.2.2	Ankündigung der Restschuldbefreiung (§ 287a InsO).109
4.2.3	Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO).109
A.IX	Beendigung des Insolvenzverfahrens.111
1	Allgemeines.111
1.1	Aufhebung des Insolvenzverfahrens.111
1.2	Einstellung des Insolvenzverfahrens.111
2	Wirkung der Beendigung.111
3	Steuerliches Festsetzungs- und Korrekturverfahren nach der Abgabenordnung und den Einzelsteuergesetzen.114
3.1	Festsetzung und Änderung von bisherigen Masseverbindlichkeiten.114
3.2	Festsetzung und Änderung von Forderungen gegen das insolvenzfrie Vermögen.114
3.3	Festsetzung und Änderung von im Insolvenzverfahren angemeldeten Insolvenzforderungen.114
3.3.1	Feststellung zur Tabelle und kein Schuldnerwiderspruch.115
3.3.2	Keine Feststellung zur Tabelle oder Schuldnerwiderspruch.115

3.4	Festsetzung und Änderung von im Insolvenzverfahren nicht angemeldeten Insolvenzforderungen.	115
A.X	Restschuldbefreiungsverfahren.	117
1	Allgemeines.	117
2	Antrag des Schuldners.	117
3	Rechtsstellung und Aufgaben des Treuhänders.	117
4	Zulässigkeit des Restschuldbefreiungsantrags und Ankündigung der Restschuldbefreiung.	117
5	Versagung der Restschuldbefreiung.	118
6	Obliegenheitspflichten des Schuldners nach Ankündigung der Restschuldbefreiung.	119
7	Entscheidung über die Restschuldbefreiung.	119
8	Wirkung der Restschuldbefreiung.	120
A.XI	Anfechtung im Insolvenzverfahren.	123
1	Allgemeines.	123
2	Allgemeine Voraussetzungen nach § 129 InsO für Insolvenzanfechtung.	124
2.1	Rechtshandlung.	124
2.2	Gläubigerbenachteiligung.	124
3	Anfechtungsvorschriften.	126
3.1	Anfechtung kongruenter Deckungsgeschäfte (§ 130 Abs. 1 Nr. 1 und 2 InsO).	128
3.1.1	Definition.	128
3.1.2	Voraussetzungen.	128
3.1.3	CoVInsAG.	130
3.2	Anfechtung inkongruenter Deckungsgeschäfte (§ 131 Abs. 1 Nr. 1–3 InsO).	130
3.2.1	Definition.	130
3.2.2	Voraussetzungen.	131
3.3	Anfechtung wegen vorsätzlicher Benachteiligung (§ 133 Abs. 1 InsO).	132
3.3.1	Definition.	132
3.3.2	Rechtshandlung.	132
3.3.3	Benachteiligungsvorsatz.	134
3.3.4	Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes.	134
3.4	Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistung (§ 134 InsO).	136
3.4.1	Definition.	136
3.4.2	Mittelbare Zuwendung – Anfechtungsgegner Dritter.	136
3.4.3	Mittelbare Zuwendung – Anfechtungsgegner Leistungsempfänger.	136
3.4.4	Insolvenzverfahren sowohl über das Vermögen des Leistenden im Sinne von § 134 InsO als auch des Dritten (Anfechtungskonkurrenz: Deckungsanfechtung vor Schenkungsanfechtung).	138
4	Verjährung des Anfechtungsanspruchs.	139
5	Zinsen (§ 143 InsO) und Nutzungen.	139
B.	Besonderheiten im steuerlichen Verfahren.	141
B.I	Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten im Insolvenzverfahren.	143
1	Grundsätze zur wirksamen Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten.	143
1.1	Rechtsfolgen bei Form- und Verfahrensfehlern.	143
2	Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten in den Verfahren nach der Insolvenzordnung.	144
3	Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten im Regelinsolvenzverfahren.	145
3.1	Insolvenzeröffnungsverfahren.	145
3.1.1	Insolvenzantrag.	145
3.1.2	Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter/Gutachter.	145
3.1.3	Starker vorläufiger Insolvenzverwalter.	146

3.2	Eröffnetes Regelinsolvenzverfahren.	146
3.2.1	Insolvenzforderungen.	147
3.2.2	Sonstige Masseverbindlichkeiten.	149
3.2.3	Steuererstattungsansprüche zu Gunsten der Insolvenzmasse.	149
3.2.4	Insolvenzfrees Vermögen.	149
3.2.5	Zusammenveranlagung von Ehegatten (§§ 26, 26b EStG) im eröffneten Insolvenzverfahren über das Vermögen eines der Ehegatten.	151
3.2.6	Eigenverwaltung.	153
4	Verbraucherinsolvenzverfahren.	154
4.1	Außergerichtliche/Gerichtliche Einigung.	154
4.2	Eröffnetes Verbraucherinsolvenzverfahren.	154
5	Bekanntgabe von Steuerverwaltungsakten nach Beendigung des Insolvenzverfahrens.	155
5.1	Beendigungsgründe.	155
5.1.1	Einstellung des Insolvenzverfahrens.	155
5.1.2	Aufhebung des Insolvenzverfahrens.	155
5.2	Bekanntgabeadressat nach der Beendigung.	155
6	Bekanntgabe von Steuer- und Feststellungsbescheiden bei Personengesellschaften.	157
6.1	Allgemeines.	157
6.2	Eröffnetes Insolvenzverfahren über das Vermögen der Personengesellschaft.	157
6.3	Eröffnetes Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Gesellschafters.	158
B.II	Steuererklärungspflichten in den Verfahren nach der Insolvenzordnung.	161
1	Allgemeines.	161
2	Verbraucherinsolvenzverfahren.	162
2.1	Außergerichtliches Einigungsverfahren.	162
2.2	Gerichtliches Einigungsverfahren.	162
2.3	Insolvenzverfahren.	162
2.4	Restschuldbefreiungsverfahren.	163
3	Regelinsolvenzverfahren.	163
3.1	Insolvenzeröffnungsverfahren.	163
3.1.1	Bestellung eines Gutachters.	164
3.1.2	Bestellung eines schwachen vorläufigen Insolvenzverwalters.	164
3.1.3	Bestellung eines starken vorläufigen Insolvenzverwalters.	165
3.2	Eröffnetes Regelinsolvenzverfahren.	165
3.2.1	Freigabe einer selbständigen Tätigkeit.	165
3.2.2	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.	166
3.3	Aufhebung, Einstellung des Insolvenzverfahrens.	166
3.4	Restschuldbefreiungsverfahren.	168
4	Handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung im eröffneten Insolvenzverfahren.	168
4.1	Buchführung des Kaufmanns nach Handelsrecht.	168
4.2	Buchführung anderer Personen.	169
4.3	E-Bilanz.	169
4.4	Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG.	169
5	Steuererklärungspflichten von Personengesellschaften und deren Gesellschafter in der Insolvenz.	171
5.1	Personengesellschaft in der Insolvenz.	171
5.1.1	Erklärung zur gesonderten und einheitlichen Feststellung.	171
5.1.2	Erklärungen für betriebliche Steuern (z. B. Umsatzsteuer, Gewerbesteuer).	172
5.1.3	Buchführungspflicht für das Sonderbetriebsvermögen.	172
5.2	Gesellschafter einer Personengesellschaft in der Insolvenz – Auswirkung auf Steuererklärungspflichten.	172

5.2.1	Erklärung zur gesonderten und einheitlichen Feststellung	173
5.2.2	Erklärung für betriebliche Steuern (z. B. Umsatzsteuer, Gewerbesteuer)	173
6	Eigenverwaltung	174
B.III	Feststellungs- und Rechtsbehelfsverfahren bei Insolvenzforderungen	175
1	Anmeldung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis zur Tabelle	175
1.1	Prüfung der zur Tabelle angemeldeten Steueransprüche	175
1.2	Feststellung der zur Tabelle angemeldeten Steueransprüche	175
1.3	Wirkung der Feststellung auf Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	176
2	Widerspruch des Insolvenzverwalters gegen Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	178
2.1	Überblick über den Verfahrensablauf	178
2.1.1	Prüfungstermin (§ 176 S. 1 InsO)	178
2.1.2	Bestreiten (Widerspruch) des Insolvenzverwalters	178
2.1.3	Feststellungs-, Widerspruchsverfahren außerhalb des Insolvenzverfahrens	178
2.2	Widerspruch gegen nicht titulierte Steuerforderungen	178
2.3	Widerspruch gegen titulierte Steuerforderungen	179
2.3.1	Steuerforderung ist formell bestandskräftig festgesetzt	180
2.3.2	Steuerforderung ist formell bestandskräftig, aber noch nicht formell bestandskräftig	181
2.3.2.1	Die Rechtsbehelfsfrist ist im Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung noch nicht abgelaufen	181
2.3.2.2	Die Steuerfestsetzung wurde vor Verfahrenseröffnung wirksam angefochten	181
2.3.3	Anhängiges finanzgerichtliches Klage- bzw. Revisionsverfahren	182
2.4	Feststellungsbescheid nach § 251 Abs. 3 AO	183
2.4.1	Nicht titulierte Ansprüche	183
2.4.2	Titulierte Ansprüche	184
3	Widerspruch des Schuldners gegen angemeldete Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	185
3.1	Widerspruch des Schuldners gegen nicht titulierte Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	186
3.2	Widerspruch des Schuldners gegen titulierte Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	186
3.3	Widerspruch des Schuldners im Zusammenhang mit späteren Haftungsansprüchen	187
4	Berichtigung der Tabelle nach dem Prüfungstermin und bei Vermerk über Widerspruch des Insolvenzverwalters oder eines Insolvenzgläubigers	188
5	Berücksichtigung bestrittener Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis bei der Schlussverteilung	188
6	Rechtsbehelfs-/Rechtsmittelverfahren, die auf Erstattungen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis gerichtet sind	190
6.1	Allgemeines	190
6.2	Rechtsbehelfsverfahren (Einspruch §§ 347 ff. AO)	190
6.3	Rechtsmittelverfahren (Klage- und Revisionsverfahren nach der Finanzgerichtsordnung)	191
7	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung (§ 361 AO) im Insolvenzverfahren	191
7.1	Allgemeines	191
7.2	Eröffnetes Insolvenzverfahren	192
7.2.1	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	192
7.2.2	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	192
7.3	Ehegatten	192

8	Verfahrensbeendigung	193
B.IV Aufrechnung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis in den Verfahren nach der Insolvenzordnung		
1	Allgemeines	195
2	Aufrechnung nach der Abgabenordnung	195
2.1	Aufrechnungslage	195
2.2	Wirkung der Aufrechnung	196
2.3	Erklärung der Aufrechnung	197
2.4	Einwendungen gegen die Aufrechnung	197
3	Aufrechnung in den Verfahren nach der Insolvenzordnung	197
4	Aufrechnung in den Schuldenbereinigungsverfahren	197
4.1	Aufrechnung im außergerichtlichen Einigungsverfahren	198
4.2	Aufrechnung im gerichtlichen Einigungsverfahren	199
5	Aufrechnung im Insolvenzeröffnungsverfahren	199
5.1	Antrag liegt dem Insolvenzgericht vor	199
5.2	Insolvenzgericht ordnet schwache vorläufige Verwaltung an	199
5.3	Insolvenzgericht ordnet starke vorläufige Verwaltung an	201
6	Aufrechnung im eröffneten Insolvenzverfahren	201
6.1	Aufrechnung nach § 94 InsO	202
6.2	Aufrechnung nach § 95 InsO	202
6.2.1	Gegenforderung wird erst nach der Verfahrenseröffnung fällig	203
6.2.2	Fälligkeitfiktion von Steuerforderungen	203
6.2.3	Spätere Fälligkeit der Gegenforderung	204
6.3	Aufrechnungsverbote nach § 96 InsO	205
6.3.1	Entstehung der Hauptforderung nach der Verfahrenseröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	205
6.3.2	Erwerb der Gegenforderung von einem anderen Gläubiger nach der Verfahrenseröffnung (§ 96 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	207
6.3.3	Schaffung der Aufrechnungslage durch eine anfechtbare Rechtshandlung (§ 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO)	208
6.3.4	Aufrechnung von Forderungen gegen das insolvenzfremde Vermögen mit Forderungen der Masse (§ 96 Abs. 1 Nr. 4 InsO)	211
6.4	Einzelne Steuerarten	211
6.5	Aufrechnung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	213
6.6	Aufrechnung mit Ansprüchen des insolvenzfremden Vermögens	214
7	Aufrechnung im Insolvenzplanverfahren	215
8	Aufrechnung nach Verfahrensbeendigung	215
9	Aufrechnung im Restschuldbefreiungsverfahren	216
10	Nachtragsverteilung	218
C. Einzelne Steuerarten im Insolvenzverfahren		
C.I Einkommensteuer		
1	Allgemeines	223
2	Materielles Einkommensteuerrecht	223
3	Veranlagungswahlrecht bei Ehegatten	224
3.1	Allgemeines	224
3.2	Übergang des Wahlrechts vom Schuldner auf den Insolvenzverwalter	225
3.3	Auswirkung der Wahlrechtsausübung	226
3.4	Zusammenveranlagung	226

3.5	Einzelveranlagung nach § 26a EStG	226
3.6	Eingetragene Lebenspartnerschaften	226
4	Verteilung der Steuerforderungen und -erstattungsansprüche auf die insolvenzrechtlichen Vermögensbereiche	228
4.1	Grundsätze	228
4.2	Zuordnung der Einkünfte	228
4.3	Berücksichtigung von Verlustvor- und -rückträgen	229
4.4	Einzelveranlagung	232
4.5	Zusammenveranlagung	235
4.5.1	Verteilung der Einkünfte	235
4.5.2	Vorauszahlungen und Steueranrechnungsbeträge	237
4.6	Antrag auf Aufteilung gem. §§ 268 ff. AO	241
4.7	Einkommensteuererstattungen	246
4.8	Einzelveranlagung	247
4.9	Zusammenveranlagung	250
4.10	Verteilung von sogenannten Zuschlagsteuern zur Einkommensteuer (Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag)	267
4.11	Verfahren zur Feststellung eines verbleibenden Verlustvortrags nach § 10d Abs. 4 EStG	267
4.12	Kirchensteuer-Erstattungsansprüche	267
4.12.1	Konfessionsverschiedene Ehe	268
4.12.2	Ehegatten gleicher Konfession	268
5	Einzelfragen	268
6	Betriebsaufspaltung	272
6.1	Allgemeines	272
6.2	Anordnung vorläufiger Insolvenzverwaltung	274
6.2.1	Betriebsunternehmen	274
6.2.2	Besitzunternehmen	274
6.2.3	Besitz- und Betriebsunternehmen	274
6.3	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	274
6.3.1	Insolvenzverfahren über das Vermögen des Betriebsunternehmens	275
6.3.2	Insolvenzverfahren über das Vermögen des Besitzunternehmens	276
6.3.3	Gleichzeitiges Insolvenzverfahren über das Vermögen des Betriebs- und des Besitzunternehmens	277
7	Ertragsteuerliche Behandlung betrieblicher Verbindlichkeiten in der Insolvenz	278
7.1	Allgemeines	278
7.2	Zuordnung von Verbindlichkeiten zu den ertragsteuerlichen Vermögenssphären	279
7.3	Wegfall betrieblicher Verbindlichkeiten beim Betriebsvermögensvergleich (§ 4 Abs. 1, § 5 Abs. 1 EStG)	280
7.4	Wegfall betrieblicher Verbindlichkeiten bei der Einnahmen-Überschussrechnung (§ 4 Abs. 3 EStG)	281
7.5	Wegfall betrieblicher Verbindlichkeiten bei der Gewinnermittlung nach §§ 5a, 13a EStG	284
7.6	Wegfall von betrieblichen Verbindlichkeiten im Insolvenzplanverfahren (§§ 217 – 269 InsO)	284
7.6.1	Steuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen	284
7.6.2	Billigkeitsmaßnahmen in „Altfällen“ nach dem „Sanierungserlass“	286
7.6.2.1	Abweichende Festsetzung durch uneingeschränkte Verlustrechnung	287
7.6.2.2	Stundung aus sachlichen Billigkeitsgründen	287
7.6.2.3	Erlass aus sachlichen Billigkeitsgründen	288
7.7	Wegfall betrieblicher Verbindlichkeiten durch die Restschuldbefreiung (§§ 286 bis 303a InsO)	288

7.7.1	Ankündigung der Restschuldbefreiung	288
7.7.2	Billigkeitsmaßnahmen bei Erteilung der Restschuldbefreiung in „Altfällen“ – BMF-Schreiben vom 22.12.2009, BStBl I 2010, S. 18.	288
7.7.3	Verbraucherinsolvenzverfahren.	291
7.8	Steuerbefreiung für Sanierungserträge – §§ 3a, 3c Abs. 4 EStG.	291
7.8.1	Unternehmensbezogene Sanierung.	293
7.8.2	Sanierungserträge.	293
7.8.3	Sanierungskosten.	294
7.8.4	Verbleibender Sanierungsertrag.	294
7.8.5	Unternehmerbezogene Sanierung.	295
8	Anrechnung von einbehaltener Kapitalertragsteuer und einbehaltenem Zinsabschlag.	296
8.1	Allgemeines.	296
8.2	Natürliche Personen als Gläubiger von Kapitalerträgen.	296
8.3	Juristische Personen als Gläubiger von Kapitalerträgen.	297
8.4	Personengesellschaften als Gläubiger von Kapitalerträgen.	298
C.II	Körperschaftsteuer.	299
1	Zivilrechtliche Folgen der Insolvenzeröffnung bei bestimmten Körperschaften.	299
2	Steuerrechtliche Folgen der Insolvenzeröffnung über das Vermögen einer Körperschaft.	299
2.1	Körperschaftsteuerpflicht.	299
2.2	Veranlagungszeitraum – Ermittlungszeitraum – Bemessungsgrundlage.	299
2.3	Buchführungspflicht (§ 155 InsO).	301
3	Auflösung und Liquidation (Abwicklung).	301
3.1	Sonderregelung für die Liquidationsbesteuerung (§ 11 KStG).	301
3.2	Anwendung der Sonderregelung zur Liquidationsbesteuerung im Insolvenzverfahren.	304
4	Zuordnung der Körperschaftsteuerschuld im Jahr der Verfahrenseröffnung für die insolvenzrechtliche Durchsetzung.	305
4.1	Allgemeines.	305
4.2	Aufteilung der Körperschaftsteuerschuld im Jahr der Verfahrenseröffnung.	305
4.3	Anrechnung von Vorauszahlungen und Steuerabzugsbeträgen.	306
5	Steuererstattungsansprüche.	307
6	Gesonderte Feststellung des steuerlichen Einlagekontos, des Körperschaftsteuerguthabens und des Teilbetrags EK 02.	307
7	Verlustabzug bei Körperschaften.	309
7.1	Eingeschränkter Verlustabzug bei schädlichem Beteiligungserwerb.	309
7.2	Unschädlicher Beteiligungserwerb.	310
7.3	Sonderregelungen für Verluste in den VZ 2020 und 2021.	311
C.III	Gewerbsteuer.	313
1	Allgemeines.	313
1.1	Charakter und Bedeutung der Gewerbsteuer.	313
1.2	Festsetzung und Erhebung der Gewerbsteuer.	313
1.2.1	Zweistufiges Verfahren.	313
1.2.2	Gegenstand der Gewerbsteuer und Steuerschuldnerschaft.	313
1.2.3	Besteuerungsgrundlagen der Gewerbsteuer.	313
2	Sachliche Gewerbsteuerpflicht.	314
2.1	Beginn der sachlichen Gewerbsteuerpflicht.	314
2.1.1	Einzelunternehmen und Personengesellschaften.	314
2.1.2	Kapitalgesellschaften.	315
2.1.3	Sonstige juristische Personen des privaten Rechts und nichtrechtsfähige Vereine.	315
2.2	Ende der sachlichen Gewerbsteuerpflicht.	315

2.2.1	Einzelunternehmen und Personengesellschaften.	315
2.2.2	Kapitalgesellschaften.	315
2.2.3	Sonstige juristische Personen des privaten Rechts und nichtrechtsfähige Vereine.	316
3	Auswirkungen des Insolvenzverfahrens.	317
3.1	Insolvenzeröffnungsverfahren.	317
3.1.1	Insolvenzantrag.	317
3.1.2	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung.	317
3.1.3	Starke vorläufige Insolvenzverwaltung.	317
3.2	Eröffnetes Insolvenzverfahren.	317
3.2.1	Allgemeines.	317
3.2.2	Ermittlung des Gewerbesteuermessbetrages im eröffneten Insolvenzverfahren.	318
3.2.2.1	Allgemeines.	318
3.2.2.2	Einzelunternehmen und Personengesellschaften.	319
3.2.2.3	Gewerbebetriebe gemäß § 2 Abs. 2 GewStG.	320
3.2.2.4	Kalenderjahr der Verfahrenseröffnung.	321
3.2.2.5	Durchsetzung des Gewerbesteueranspruches.	321
3.2.2.6	Insolvenzfrees Vermögen.	322
3.3	Gewerbesteuermessbetrag im Jahr der Verfahrensbeendigung.	323
C.IV	Umsatzsteuer im Insolvenzverfahren.	325
1	Allgemeines.	325
2	Behandlung der Umsatzsteuer im Insolvenzeröffnungsverfahren.	325
2.1	Schwacher vorläufiger Insolvenzverwalter.	325
2.2	Starker vorläufiger Insolvenzverwalter.	326
2.3	Vorläufige Eigenverwaltung.	326
2.4	Widerruf der Dauerfristverlängerung.	327
3	Behandlung der Umsatzsteuer im eröffneten Insolvenzverfahren.	328
3.1	Unternehmereigenschaft.	328
3.2	Einheit des Unternehmens.	328
3.3	Besteuerungsart.	329
3.4	Besteuerungszeitraum.	329
3.5	Voranmeldungszeitraum.	329
3.6	Aufzeichnungspflichten (§ 22 UStG) und Steuererklärungspflichten (§ 18 UStG).	330
3.7	Umsatzsteuererklärung/-festsetzung im Jahr der Verfahrenseröffnung.	330
3.7.1	Umsatzsteuererklärung/-festsetzung im Jahr der Verfahrenseröffnung für den vorinsolvenzrechtlichen Unternehmensteil.	331
3.7.2	Umsatzsteuererklärung/-festsetzung im Jahr der Verfahrenseröffnung für die Insolvenzmasse.	332
3.7.3	Umsatzsteuererklärung/-festsetzung im Jahr der Verfahrenseröffnung für den Bereich des insolvenzfrees Vermögens.	332
3.8	Vorsteuerabzug der Insolvenzmasse für Leistungen der Kassen- und Schlussrechnungsprüfung.	332
3.8.1	Vorsteuerabzug aus der Rechnung an den Gläubigerausschuss.	333
3.8.2	Leistung der Ausschussmitglieder.	333
3.8.3	Beauftragung eines Dritten mit der Prüfung der Schlussrechnung durch das Insolvenzgericht.	334
3.9	Unternehmereigenschaft des Insolvenzverwalters.	334
4	Dauerfristverlängerung.	336
4.1	Allgemeines.	336
4.2	Widerruf der Dauerfristverlängerung.	336
4.3	Kein Widerruf der Dauerfristverlängerung.	336

5	Umsatzsteuer als Insolvenzforderung, Masseverbindlichkeit oder Forderung gegen das insolvenzfreie Vermögen.	338
5.1	Insolvenzforderungen.	338
5.2	Masseverbindlichkeiten.	339
5.3	Insolvenzfreies Vermögen.	339
6	Einzelfragen zur Zuordnung auf die Unternehmensteile.	340
6.1	Aufspaltung des Unternehmens in mehrere selbständige Unternehmensteile.	341
6.2	Begründetheit bei Versteuerung nach vereinbarten Entgelten (Sollversteuerung).	342
6.3	Begründetheit bei Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten (§ 20 UStG).	344
6.4	Begründetheit bei Anzahlungen (§ 13 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a UStG).	345
6.5	Begründetheit bei Teilleistungen (§ 13 Abs. 1 S. 1 Nr. 1a S. 3 UStG).	345
6.6	Begründetheit beim innergemeinschaftlichen Erwerb (§ 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 UStG, § 1a UStG).	345
6.7	Begründetheit bei der Einfuhr (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG).	345
6.8	Begründetheit bei Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers (§ 13b UStG).	345
6.9	Begründetheit bei unrichtigem oder unberechtigtem Steuerausweis (§ 14c UStG).	346
6.10	Vorsteuerberichtigung bei Änderung der Bemessungsgrundlage (§ 17 UStG).	348
6.10.1	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.	348
6.10.2	Vorsteuerberichtigung nach § 17 UStG aufgrund einer Anfechtung nach §§ 129 ff. InsO von Zahlungen des Schuldners an seine Gläubiger.	348
6.10.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen von Gegenständen unter Eigentumsvorbehalt.	349
6.11	Umsatzberichtigung bei Änderung der Bemessungsgrundlage (§ 17 UStG).	350
6.11.1	Berichtigung der Umsatzsteuer wegen Uneinbringlichkeit aus Rechtsgründen.	351
6.11.2	Berichtigung der Umsatzsteuer wegen Uneinbringlichkeit aus tatsächlichen Gründen.	352
6.12	Berichtigung des Vorsteuerabzugs (§ 15a UStG).	353
6.13	Verwertung von Sicherungsgut.	356
6.13.1	Bewegliche Gegenstände.	356
6.13.1.1	Verwertung vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	356
6.13.1.2	Verwertung nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	358
6.13.1.3	Feststellungs- und Verwertungskostenpauschale sowie sonstige Massekosten.	361
6.13.2	Unbewegliche Gegenstände.	362
6.13.2.1	Verwertung vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	362
6.13.2.2	Verwertung nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	363
6.14	Verwertung von Forderungen.	365
6.14.1	Sicherungsabtretung.	365
6.15	Forderungsverkauf (Factoring).	366
6.15.1	Allgemeines.	366
6.15.2	Echtes Factoring.	366
6.15.3	Insolvenzeröffnung.	367
6.15.3.1	Forderungsverkauf vor der Insolvenzeröffnung.	367
6.15.3.2	Forderungsverkauf nach der Insolvenzeröffnung.	367
6.15.3.3	Berichtigung bei Forderungsausfall.	367
6.16	Schwebende Verträge.	367
6.16.1	Vertragserfüllung.	367
6.16.2	Ablehnung der Vertragserfüllung.	368
6.16.3	Eigentumsvorbehalt.	368
6.16.3.1	Wahlrecht nach § 103 InsO und Aussonderungsrecht.	368
6.16.3.2	Ablösung eines Eigentumsvorbehalts.	368
6.16.3.3	Duldung eines strittigen Eigentumsvorbehalts.	368

6.16.3.4	Verwertung von Eigentumsvorbehaltware im Rahmen der Zentralregulierung.	369
6.16.3.5	Kündigung von Leasingverträgen.	369
6.17	Vorsteuerabzug.	369
6.18	Bestellung eines starken vorläufigen Insolvenzverwalters.	371
6.19	Eigenverwaltung.	371
6.19.1	Vorläufige Eigenverwaltung/Schutzschirmverfahren.	371
6.19.2	Eigenverwaltung.	372
7	§ 55 Abs. 4 InsO.	372
7.1	Allgemeines.	372
7.2	Materieller Anwendungsbereich.	372
7.3	Berechnung und Verteilung von Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 4 InsO.	373
7.4	Geltendmachung der Verbindlichkeiten i. S. v. § 55 Abs. 4 InsO.	380
8	Auswirkung der insolvenzrechtlichen Anfechtungsvorschriften auf steuerliche Haftungsvorschriften.	382
C.V	Insolvenz und Organschaft.	385
1	Begriff der Organschaft.	385
1.1	Umsatzsteuerliche Organschaft.	385
1.2	Körperschaftsteuerliche Organschaft (§§ 14 und 17 KStG).	386
1.3	Gewerbsteuerliche Organschaft.	388
1.4	Allgemeine Folgen des Beginns einer Organschaft.	388
1.4.1	Umsatzsteuerliche Organschaft.	388
1.4.2	Körperschaftsteuerliche Organschaft.	388
1.4.3	Gewerbsteuerliche Organschaft.	389
1.5	Allgemeine Folgen der Beendigung einer Organschaft.	390
2	Insolvenz bei umsatzsteuerlicher Organschaft.	390
2.1	Insolvenzverfahren über das Vermögen der Organgesellschaft.	390
2.1.1	Insolvenzantrag.	391
2.1.2	Vorläufige Eigenverwaltung.	391
2.1.3	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Zustimmungsvorbehalt.	391
2.1.4	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt.	391
2.1.5	Starke vorläufige Insolvenzverwaltung.	392
2.1.6	Eröffnetes Insolvenzverfahren.	392
2.1.7	Abweisung mangels Masse.	392
2.1.8	Folgen der Beendigung der Organschaft für die Organgesellschaft.	393
2.1.9	Folgen der Beendigung der Organschaft für den Organträger.	394
2.2	Insolvenzverfahren über das Vermögen des Organträgers.	396
2.2.1	Insolvenzantrag.	396
2.2.2	Vorläufige Eigenverwaltung.	396
2.2.3	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Zustimmungsvorbehalt.	396
2.2.4	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt.	396
2.2.5	Starke vorläufige Insolvenzverwaltung.	396
2.2.6	Eröffnetes Insolvenzverfahren.	396
2.2.7	Abweisung mangels Masse.	397
2.2.8	Folgen der Beendigung der Organschaft für die Organgesellschaft.	397
2.2.9	Folgen der Beendigung der Organschaft für den Organträger.	399
2.3	Gleichzeitige Insolvenz über das Vermögen des Organträgers und der Organgesellschaft.	399
2.3.1	Insolvenzantrag.	399
2.3.2	Vorläufige Eigenverwaltung.	400
2.3.3	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Zustimmungsvorbehalt.	400

2.3.4	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt	400
2.3.5	Starke vorläufige Insolvenzverwaltung	400
2.3.6	Eröffnetes Insolvenzverfahren	401
2.3.7	Abweisung mangels Masse	401
2.3.8	Folgen der Beendigung der Organschaft	401
2.4	Nachträglich erkannte Organschaften	403
3	Insolvenz bei körperschaft- und gewerbesteuerlicher Organschaft	404
3.1	Insolvenzverfahren über das Vermögen der Organgesellschaft	404
3.1.1	Insolvenzantrag	404
3.1.2	Vorläufige Eigenverwaltung	404
3.1.3	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Zustimmungsvorbehalt	405
3.1.4	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt	405
3.1.5	Starke vorläufige Insolvenzverwaltung	405
3.1.6	Eröffnetes Insolvenzverfahren	405
3.1.7	Abweisung mangels Masse	407
3.1.8	Folgen der Beendigung der Organschaft für die Organgesellschaft	407
3.1.9	Folgen der Beendigung der Organschaft für den Organträger	407
3.2	Insolvenzverfahren über das Vermögen des Organträgers	408
3.2.1	Insolvenzantrag	408
3.2.2	Vorläufige Eigenverwaltung	408
3.2.3	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Zustimmungsvorbehalt	409
3.2.4	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt	409
3.2.5	Starke vorläufige Insolvenzverwaltung	409
3.2.6	Eröffnetes Insolvenzverfahren	410
3.2.7	Abweisung mangels Masse	410
3.2.8	Folgen der Beendigung der Organschaft für die Organgesellschaft	410
3.2.9	Folgen der Beendigung der Organschaft für den Organträger	411
3.3	Gleichzeitige Insolvenz über das Vermögen des Organträgers und der Organgesellschaft	412
3.3.1	Insolvenzantrag	412
3.3.2	Vorläufige Eigenverwaltung	412
3.3.3	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung ohne Zustimmungsvorbehalt	413
3.3.4	Schwache vorläufige Insolvenzverwaltung mit Zustimmungsvorbehalt	413
3.3.5	Starke vorläufige Insolvenzverwaltung	413
3.3.6	Eröffnetes Insolvenzverfahren	416
3.3.7	Abweisung mangels Masse	417
3.3.8	Folgen der Beendigung der Organschaft für die Organgesellschaft	417
3.3.9	Folgen der Beendigung der Organschaft für den Organträger	417
	Die Autoren	419
	Stichwortverzeichnis	421

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AEAO	Anwendungserlass zur Abgabenordnung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungssammlung des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	Sammlung nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH (Zeitschrift)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMF-Schreiben	Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BStBl.	Bundessteuerblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d.h.	das heißt
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
EFG	Entscheidung der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
ESt	Einkommensteuer
EStG	Einkommensteuergesetz
EStR	Einkommensteuer-Richtlinien
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
G. d. E.	Gesamtbetrag der Einkünfte
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GewSt	Gewerbsteuer
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)

grds.	grundsätzlich
GrS	Großer Senat des Bundesfinanzhofs
HGB	Handelsgesetzbuch
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
i.S.d.	im Sinne der (des)
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
InsbürO	Zeitschrift für das Insolvenzbüro
InsO	Insolvenzordnung
JStG 2007	Jahressteuergesetz 2007
KiSt	Kirchensteuer
KO	Konkursordnung
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStR	Körperschaftsteuer-Richtlinien
L + F	Land- und Forstwirtschaft
LG	Landgericht
LSt	Lohnsteuer
lt.	laut
m.E.	meines Erachtens
m. w. N	mit weiteren Nachweisen
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
n.F.	neue Fassung
n. rkr.	nicht rechtskräftig
Nr.	Nummer
nv	nicht veröffentlicht (Entscheidungen können beim FG angefordert werden)
o.Ä.	oder Ähnliche/r/s
o.g.	oben genannte/r/s OFD Oberfinanzdirektion
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
Rdnr.	Randnummer
RegE	Regierungsentwurf
rkr.	rechtskräftig
s.	siehe
S.	Satz
s.a.	siehe auch
s.o.	siehe oben
Schmidt/Heinicke	Einkommensteuergesetz
sog.	sogenannte(n/r/s)
SolZ	Solidaritätszuschlag
SolZG	Solidaritätszuschlagsgesetz
StE	Steuer-Eildienst (Zeitschrift)
StGB	Strafgesetzbuch
Tz.	Textziffer
u.a.	unter anderem
u. E.	unseres Erachtens
u.U.	unter Umständen
u.s.w.	und so weiter

UntStRefG	Unternehmensteuerreformgesetz
USt	Umsatzsteuer
UStG	Umsatzsteuergesetz
UStR	Umsatzsteuer-Richtlinien
vgl.	vergleiche
VZ	Veranlagungszeitraum, Vorauszahlungen
z.B.	zum Beispiel
z.v.E.	zu versteuerndes Einkommen
z.Zt.	zur Zeit
ZInsO	Zeitschrift für Insolvenzordnung
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung

A. Allgemeiner Teil

Einführung

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, u. U. aber schon mit Anordnung der vorläufigen Verwaltung, verliert der Schuldner seine Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen. Aus steuerlicher Sicht wird der Insolvenzverwalter Vermögensverwalter nach § 34 Abs. 3 AO und erlangt die notwendige Handlungsfähigkeit nach § 79 AO. In der Folge obliegen ihm sämtliche steuerrechtlichen Erklärungs- und Zahlungsverpflichtungen. Dies gilt für Zeiträume vor, wie auch für Zeiträume nach seiner Bestellung. Die Geltendmachung dieser Ansprüche durch die Finanzverwaltung wird aber durch die Insolvenzordnung mit ihren 12. Teilen erheblich beeinflusst bzw. eingeschränkt.

Übersicht über die Insolvenzordnung (InsO) Teile 1–7						
1. Teil	2. Teil	3. Teil	4. Teil	5. Teil	6. Teil	7. Teil
§§ 1 bis 10 InsO	§§ 11 bis 79 InsO	§§ 80 bis 147 InsO	§§ 148 bis 173 InsO	§§ 174 bis 216 InsO	§§ 217 bis 269 InsO	§§ 269a bis 269i InsO
Allgemeine Vorschriften	Eröffnung des Verfahrens	Wirkung des eröffneten Verfahrens	Verwaltung und Verwertung der Insolvenz- masse	Gläubiger- befriedigung, Verfahrens- einstellung	Insolvenz- plan	Koordinierung, Verfahren bei Unter- nehmens- gruppen

Übersicht über die Insolvenzordnung (InsO) Teile 8–13					
8. Teil	9. Teil	10. Teil	11. Teil	12. Teil	13. Teil
§§ 270 bis 285 InsO	§§ 286 bis 303a InsO	§§ 304 bis 311 InsO	§§ 315 bis 334 InsO	§§ 335 bis 358 InsO	§ 359 InsO
Eigenver- waltung	Restschul- befreiung	Verbraucher- insolvenz- verfahren	Besondere Verfahrens- arten	Internatio- nales Insolvenzrecht	Inkrafttreten

